

Wie praxistauglich ist das NABEG?

Peter Ahmels

Senior Adviser

Hannover, BNetzA-Kongress 28/29.10.2021

Datengrundlage der Telefoninterviews

4 ÜNB

6 Ländervertreter

2 Regionalplanungsvertreter

3 BI

5 BDS-Regionalmanager

Zeitraum: Oktober 2021

Dauer 30-60 Minuten/Interview

ÜNB 1

- Beschleunigung noch unklar
 - bei BFP und PFV z.T. sehr ähnliche Untersuchungstiefe
- Mehrstufigkeit entschlacken, hohe Variantenzahl
 - § 6 und § 8 zusammenlegen. Verwirrung bei Bürgern wg. Verfahrensstand
- Abstimmung Bund/Länder soweit ok.
- bei mehreren Baustellen und Vorhabensträgern, gerne auch mit Landesverfahren in einer Region: institutionelle Schnittstelle fehlt
- Problem: Rechtsverbindlichkeit der BFP mit 1000 m Trassenkorridor. 600 m werden vorgeschlagen für Strat. Trassenfindung. In ROV der Länder max. 100 m, dafür aber erhebliche Abweichung möglich.
 - weniger Prüfaufwand; da dieser sehr hoch
- BFP in dichten Räumen: ev. verzichtbar, da immer bekannte Trassen entstehen

ÜNB 2

- digitale Beteiligung muss möglich sein.
- Beteiligung an ROV gerne für alle Stakeholder
- Rechtssicherheit vs. Pragmatismus
- Vertrauen muss erst aufgebaut werden
- beschleunigend: Kommunaler Dialog 2x/a
- Besuch BNetzA vor Ort hilfreich in frühem Stadium
- spezifische Beantwortung von Fragen durch BNetzA gewünscht
- Beispiel Expertenpool Länder/ÜNB
- größtes Verzögerungsrisiko: Politik
- entscheidend: politische Akzeptanz
 - Ombudsmann/Sts
 - Flagge zeigen

ÜNB 3

- Deadline für Alternativen wäre hilfreich (Antragskonferenz?)
- Klage erst am Ende des Verfahrens ev. schwierig
 - Vogelzählroutinen und Wertigkeit Wälder länderspezifisch
- Anzeigeverfahren z. T. durch Lärmvorgaben nicht anwendbar
- Verfahrensbewertung unterschiedlich
- könnte aber sinnvoll sein für SL3
- bessere Personalausstattung BNetzA bei PFV würde verkürzen (Netzausbau großes Vorhaben wie Elbphilharmonie oder BER)
- Duldungsverfügung von Grundeigentümern gilt nur 8 Wochen, besser wäre allg. Duldung
- Vorschlag: §6 und §20 Behörden vorbehalten, für Bürger informelle Beteiligung anbieten. Auch umgekehrte Ansicht geäußert.
- 18 Monate Frist nach BFP mit *Priorisierung* verbinden

ÜNB 4

- BKompV
 - Ökopunkte überall mit verschiedener Wertigkeit
 - unbestimmte Rechtsbegriffe
 - in der Praxis wenig bekannt
- Leitfaden Methoden bei Artenprüfung vorgeschlagen
- insgesamt: BNetzA hohe Fachkompetenz zugeschrieben
- als unabh. Akteur wahrgenommen

Ländervertreter (auch Regionalplanung) 1

- NABEG hat Erfahrungen aus S-H aufgenommen
- größte Beschleunigungseffekte:
 - Begrenzung Suchraum
 - Anzeigeverfahren, wo möglich
 - Fristen für Anzeige von Varianten (besser: „Was drängt sich auf?“)
- Untersuchungstiefe und Planstadium anpassen (Baustelle nicht schon bei BFP)
- Tötungsverbot eingrenzen (nicht gesamte Trassenbreite)
- Akzeptanzbildende Maßnahmen ermöglichen („kleinräumige Umfahrung“)
- auch ein Abbau einer 380iger wäre gut (wenn möglich)
- Systemplan wäre gut, Bürger bemängeln „Salamitaktik“
- lokale Behörden eingebunden (Bundesfachplanungsbeirat)
- Bauüberwachung und Enteignung Ländersache
- „vollständige Unterlagen“ sind beliebig, Pragmatismus könnte weiterhelfen

Ländervertreter (auch RP) 2

-
- BKompV weniger erfahren als LänderKompV
- Praxiserfahrung in Ländern sehr gut
- im Naturschutz kaum Normen, daher reg. Betrachtung wichtig. Schutzgüter kaum objektivierbar. Konventionenbildung schwierig.
 - TA Artenschutz
- UVP und SUP sollten auf EINER Plattform zu finden sein, es gibt aber 2
- 1000m Untersuchungstreifen SEHR aufwendig
- landesplanerische Feststellung nur 5 Jahre gültig, dann neues System
- Verfahren nicht schneller, aber klarer
- 18 Monate Frist verkürzt Verfahren
- Beschleunigung durch Parallelität von BFP und PVF möglich
- Erkenntnis: Nach Info Region 3 Wochen zur Meinungsbildung in Ruhe lassen
- kaum vermittelbar: Wieso neben EK eine neue FL geplant wird
- Zickzack-Planung statt EK
- Luftlinie besser als Ellipse

Ländervertreter (auch RP) 3

- Informationsarbeit von BNetzA sehr gut
- Kommunikation deutlich besser
- BNetzA nicht in die politische Diskussion vor Ort eingebunden
 - wichtig, um Menschen mitzunehmen
- lokale Erfahrung sehr groß, durch Kontakt vor Ort einfacher.
- Verzögerung durch Klage noch unklar. Auf Länderebene pol. Einflußnahme auf Gemeinden möglich.
- Beschleunigung noch nicht sicher, noch kein PFV abgeschlossen
- Herausforderung: Mehrere Projekte in einer Region mit div AP

Bürgerinitiativen

- Infos deutlich besser für Bürger erreichbar (Internet)
- vermissen Engagement der Politik (lokal/national)
- Kommunikation ist „Häuserkampf“
- Präsenz der BNetzA vor Ort wünschenswert
- Klage erst am Ende des Verfahrens unnötig verzögernd

Fazit

- Grundsätzlich positive Sicht auf NABEG, weil Kommunikation sehr gut
- Mehr „Sichtbarkeit“ der BNetzA gewünscht
- div. Verbesserungen (Verkürzungen) bei konkreten Verfahrensschritten möglich

- Evaluierung (§36 NABEG) für Weiterentwicklung nutzen

Danke!

Dr. Peter Ahmels | Senior Adviser

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Büro Berlin | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin
Telefon: +49 30 2400867-921 | Telefax: +49 30 2400867-19 | Mobil: +49 151 16225863

Folgen Sie uns



www.twitter.com/umwelthilfe
www.facebook.de/umwelthilfe

Bleiben Sie auf dem Laufenden



www.duh.de
www.duh.de/newsletter-abo